

Ein Menschenrecht

Dringender als ein nationales Stipendienprogramm braucht Bildung ein starkes BAföG.

Die Studienfinanzierung ist eine wichtige Voraussetzung für die soziale Öffnung unserer Hochschulen. Zahlen des Hochschul-Informationssystems zufolge gibt es mindestens 86.000 Hochschulzugangsberechtigte, die nach dem Abitur kein Studium beginnen – ein Drittel dieser jungen Menschen gibt an, dass ihnen schlicht das Geld fehlt. Der Verzicht aufs Studium – ein soziales Problem.

Der Gesetzentwurf des Bundesbildungsministeriums zu einem nationalen Stipendienprogramm sieht nun vor, dass bis zu 160.000 Studierende monatlich 300 Euro bekommen. Staat und private Stifter sollen sich die Kosten teilen. Dafür sollen 300 Millionen Euro im Jahr bereitstehen. Schon am 21. April 2010 soll der Gesetzentwurf im Kabinett besprochen werden, voraussichtlich im Juni im Bundestag. Inkrafttreten soll das Programm schon zum 1. Oktober 2010.

Die DGB-Jugend hat sich gegen diese Pläne eindeutig positioniert: Schön, wenn es Stipendien gibt. Nur sozial sind die Programme nicht. Denn die Stipendien sollen nach dem Willen der Regierung nach Leistung vergeben werden. Die Kriterien dafür

RUHRFESTSPIELE

Gewerkschaftsbühne

Es ist soweit: Die gewerkschaftlichen Theatertage in Recklinghausen finden wieder statt. Über Karten, alle Veranstaltungen und alles, was die Welt vom Ruhrgebiet zu erwarten hat, informiert die Homepage. [S](#)

1. Mai bis 13. Juni 2010. [Ruhrfestspiele Recklinghausen. www.ruhrfestspiele.de](http://www.ruhrfestspiele.de)

1. MAI-KAMPAGNE



Heraus zum 1. Mai – der DGB ruft zu seinen Veranstaltungen am Tag der Arbeit. Rechtzeitig ist auch die neue Homepage ans Netz gegangen: www.dgb.de

sind jedoch unklar. Auch gibt es keinen Rechtsanspruch wie beim BAföG. 300 Euro monatlich sind nicht bedarfsdeckend: Für Studierende ohne andere Einkommen reicht dieser Betrag schlicht nicht aus. Und die Stipendien sollen nur dort vergeben werden, wo sich Wirtschaftsunternehmen und private Spender an der Finanzierung beteiligen. Studiengänge ohne direkten Wirtschaftsbezug und Hochschulstandorte in strukturschwachen Regionen dürften daher leer ausgehen. So zeigt das Beispiel NRW: Mehr als die Hälfte der Stipendien gingen an angehende MathematikerInnen sowie Natur- und Ingenieurwissenschaften. Für Sprach- und Kulturwissenschaften blieben lediglich 2,3 Prozent.

Das neue Stipendienprogramm ist ein Elitenprogramm – soziale Kriterien spielen keine Rolle. Die sind aber gerade beim BAföG wichtig. Doch ausgerechnet daran spart die Regierung – gerade einmal um zwei Prozent sollen die Bedarfssätze stei-

INHALT

3 thema

Ingrid Sehrbrock zur Jugendpolitik des DGB

4 ausbildung + beruf

WSI: Warnung vor Befristungsketten

Angezählt: Die Datenlage

BAG: JAVi vor Leiharbeit

5 projekte

Die DGB-Jugend in Istanbul

Projekte gegen Rechts

DGB-Jugend: Trainer werden

6 jav-ratgeber

Der neue Betriebsrat und die JAV

7 bezirke + gewerkschaften

Die DGB-Jugend NRW und die Landtagswahlen

gen. »Wenn das Studium keine exklusive Veranstaltung für Wohlhabende werden soll, kann die Lösung nur heißen: Wir brauchen ein besseres BAföG«, sagt Sabrina Klaus-Schelletter, Referentin für Studierendenarbeit bei der DGB-Jugend.

Bildung sei ein Menschenrecht und gelte also für die ganze Gesellschaft.

Eine echte Strukturreform beim BAföG wäre nicht teuer, wie der DGB durchgerechnet hat: Zurzeit gibt der Bund 1,5 Milliarden Euro dafür aus. Eine kräftige BAföG-Erhöhung samt Streichung der Altersgrenze und Bologna-Kompatibilität würde den Bund rund 130 Millionen Euro kosten. Kein Problem, würde er zugleich sein Stipendienprogramm kippen.

»Die Studienfinanzierung ist eine wichtige Voraussetzung für die soziale Öffnung unserer Hochschulen«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

Für die DGB-Jugend bedeutet ein gutes Studium eben auch eine gute finanzielle Absicherung – durch ein gutes BAföG. Studierende benötigen eine bedarfsdeckende, öffentliche, alters- und elternunabhängige Studienfinanzierung, die ihre Lebenshaltungskosten deckt und den Zwang zur studienbegleitenden Erwerbsarbeit vermeidet. [S](#)

www.dgb-jugend.de/studium

Elena nervt

Viele KlägerInnen ■ Bundesweit wollen genau 22.005 Menschen gegen die umstrittene zentrale Speicherung von Arbeitnehmerdaten (»Elena«) Verfassungsbeschwerden einreichen. Die Akten sind im März 2010 dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe übergeben worden, wie der Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs (Foebud) mitteilt. Für den elektronischen Entgeltnachweis »Elena« müssen ArbeitgeberInnen seit Jahresbeginn die Daten ihrer Angestellten an eine zentrale Speicherstelle bei der Deutschen Rentenversicherung senden. DatenschützerInnen wollen erreichen, dass die Datenbank gelöscht wird. Zur Unterzeichnung rufen auch GewerkschafterInnen und der Zentralrat der Juden in Deutschland auf.

www.foebud.org

BA-Belastung

Studium bewertet ■ Ein Bachelorstudium sollte mehr als sechs Semester dauern. Dies ist das Fazit einer Studie der Uni Konstanz, für die 17.000 Studierende befragt wurden.

»Die Studie bestätigt damit die gewerkschaftliche Kritik, wie sie schon zu Beginn des Wintersemesters formuliert wurde«, sagt **Andreas Schackert** vom DGB-Jugend-Projekt »Students at work«.

Ein Bachelorstudium müsse länger dauern, weil nur so verhindert werden könne, dass auch weiterhin zu viele Prüfungsleistungen und überladene Module zu 30% höheren Abbrecherquoten als bisherige Studiengänge führten.

www.dgb-jugend.de/studium/mehr_infos/meldungen/

Lücke bleibt

Wieder BA-Zahlen ■ Nach knapp halbjähriger Unterbrechung der Bekanntgabe aller relevanten Ausbildungszahlen jetzt das: Insgesamt haben zum 31. März 2010 365.640 junge Menschen bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz die Bundesagentur für Arbeit (BA) eingeschaltet. Dies ist ein Rückgang um 1,9% gegenüber dem Vorjahresmonat. Der Bewerberzahl standen 323.568 betriebliche Ausbildungsplätze gegenüber. DGB-Jugend-Ausbildungsexperte **Dirk Neumann**: »Dies ist zwar eine leichte Verbesserung um 1,2%, dennoch besteht nach wie vor eine recht große Differenz zwischen Bewerberinnen und Bewerbern und Ausbildungsplätzen.«

Diese betriebliche Lücke liegt aktuell bei 42.072 fehlenden betrieblichen Ausbildungsplätzen.

www.dgb-jugend.de



D. Neumann

Europa demnächst

Finanztransaktionssteuer ■ Die EU-Kommission wird einen Bericht über die mögliche Einführung einer globalen Steuer auf Finanztransaktionen vorlegen. Dies geht aus dem Entwurf zur Abschlusserklärung des EU-Gipfels im März 2010 in Brüssel hervor.

Es gibt übrigens einen überaus schönen Film mit **Heike Makatsch** und **Jan Josef Liefers**, in dem das Thema Finanztransaktionssteuer dargestellt wird.

[Den Film angucken auf www.dgb-jugend.de/studium](http://DenFilmangucken.auf/www.dgb-jugend.de/studium)

Gegen Gene

Neue Initiative ■ Zum ersten Mal seit zwölf Jahren hat die Europäische Kommission den Anbau gentechnisch manipulierter Lebensmittel zugelassen. Das geht nicht, sagen viele Menschen, auch aus den Gewerkschaften.

Und sie können sich wehren: Durch eine neue Initiative der EU ist es möglich geworden, offizielle Eingaben direkt an die Kommission zu richten, wenn sich eine Million EU-BürgerInnen beteiligen. Also: Abstimmen, bitte.

www.avaaz.org/de/eu_health_and_biodiversity/?v1

Verkürzung doof

Schule bewertet ■ Laut Studie des deutschen Philologenverbandes im März 2010 bewerten die Deutschen die Schulpolitik ihrer jeweiligen Landesregierung allenfalls mit Drei minus. 61% wollen, dass der Bund überall in Deutschland die gleiche Qualität von Schulen und Unterricht garantiert.

Bei den Elternwünschen ganz oben rangieren kleinere Klassen (69%) und weniger Stundenausfall (64%).

Im Westen beschwerten sich viele Eltern noch immer über die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur – sie führe zu einer ungeheuren Lernverdichtung. Nur 7% halten die Umstellung für richtig. 39% wollen zur alten Lösung zurück.

Geburtenflaute

Schrumpft: Zahl der SchülerInnen ■ 11,7 Mio. Jungen und Mädchen drücken derzeit zwischen Flensburg und Füssen die Schulbank, das sind 1,3% weniger als im Schuljahr zuvor. Seit dem Jahr 2000 sinkt die Zahl der SchülerInnen stetig, teilt das Statistische Bundesamt mit.

8,9 Mio. SchülerInnen besuchen derzeit eine allgemeinbildende, 2,8 Mio. eine berufliche Schule.

Sowohl in den allgemeinbildenden als auch in den beruflichen Schulen beträgt das Minus bei der Schülerzahl gegenüber dem Vorjahr 1,3%.

www.destatis.de

Nicht Hartz IV

Schüler-BAföG ■ Eine im Bundestag eingereichte Petition hat darauf aufmerksam gemacht, dass das Schüler-BAföG auf die Leistungen der Grundsicherung angerechnet wird. Derzeit wird gerade denjenigen, die das BAföG für ihre Ausbildung dringend benötigen, die finanzielle Unterstützung größtenteils wieder weggenommen. Dadurch, dass das BAföG als Einkommen zählt, wird die Hartz IV-Regelleistung gekürzt.

Hintergrund: Das Bundessozialgericht hatte im März 2009 entschieden, dass das Schüler-BAföG angerechnet wird und ALG II-Leistungen zu streichen sind. Von dieser Entscheidung seien ca. 96.000 Auszubildende betroffen, so die Petentin **Jacqueline Steinlandt**.

[Die Petition gibt's auf https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=peticion;sa=details;peticion=10216](https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=peticion;sa=details;peticion=10216)

Viel zu unkritisch

Militär im Unterricht ■ Einen bemerkenswerten Artikel hat das Internetportal Bildungsclick.de im April 2010 veröffentlicht. Darin geht es um den Einsatz von JugendoffizierInnen der Bundeswehr als LehrerInnen an Schulen. U.a. wird genau benannt, welche Bundesländer Kooperationen mit der Bundeswehr geschlossen haben.

In den Gewerkschaften wird ein solches Engagement der Länder kritisch gesehen. So vermisst etwa die baden-württembergische GEW-Vorsitzende **Doro Moritz** vor allem militärkritische Stimmen im Unterricht.

<http://bildungsclick.de/a/72829/jugendoffiziere-als-lehrer/>

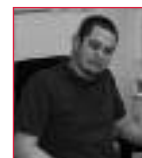
Crossover

»Girl's Day« – auch für Jungs ■ Am 22. April 2010 findet wieder der »Girl's Day« statt. Mädchen sollen vor allem einen Einblick in die Berufsbereiche Handwerk, Technik, Naturwissenschaft oder IT erhalten.

Doch nicht nur Mädchen sollen angesprochen werden, wie u.a. die Bundesagentur für Arbeit mitteilt: Neue Berufe kennenzulernen sei auch ein Thema für Jungen – und so gewährten dieses Jahr viele Betriebe und Einrichtungen dem männlichen Nachwuchs Einblick.

In der Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand werden an diesem Tag 18 Schülerinnen vorbeischaun – und dabei sachkundig mit der Arbeit der Gewerkschaftsjugend vertraut gemacht.

www.girls-day.de



M. Kirsch

Personalie

Mike Kirsch, 24, gelernter Fachinformatiker, ist seit März 2010 Sekretär der DGB-Jugend im DGB-Bezirk West, Landesbüro Saar.

Krise? Eine Chance!

Jugend wird in verstärktem Maße Verantwortung übernehmen müssen – für sich, die Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Im DGB-Vorstand ist sie für den Bereich Jugend zuständig. Im Mai 2010 stellt sich auf dem DGB-Bundeskongress der Wiederwahl.

Zahlreiche Statistiken belegen, dass die Wirtschaftskrise infolge des Börsenkrachs 2008 vor allem bei den Jugendlichen hart durchschlägt: Sie haben derzeit ganz schlechte Startchancen und große Probleme beim Berufseinstieg. Ist die junge Generation im DGB-Vorstand ein Thema?

Ja, sie ist eines! Für uns ist klar: Junge Leute sind ungewollt Vorreiter für die »schöne neue Arbeitswelt«: Sie sind flexibel, sind befristet beschäftigt, arbeiten freiwillig oder unfreiwillig Teilzeit oder machen unbezahlte Praktika – kurz: Sie arbeiten oft prekär. Es kann sogar sein, dass der Einzelne das eine Zeit lang ganz schön findet – nicht so ganz fest an einen Arbeitgeber gebunden zu sein. Aber spätestens nach dem dritten befristeten Vertrag stellen junge Beschäftigte fest: »Ich brauche eine Perspektive.« Und genau die gibt es unter prekären Verhältnissen nicht. Deshalb ist die Jobsituation für junge Leute oft erheblich schwerer als für Erwachsene.

An der Jugend wird getestet, was auf dem gesamten Arbeitsmarkt die Regel werden soll...

Genau den Eindruck hat man. Denn der Anteil derer, die prekär beschäftigt sind, ist bei jungen Leuten jetzt schon erheblich höher als bei den Älteren.

Auch ohne Krise war die Situation für junge Leute schon schlecht, es gab soziale Ungleichgewichte. Ausbildungsplätze fehlen seit langem in großer Zahl, beim Studium grassieren soziale und andere Zugangshindernisse. Gibt es aus der Politik überhaupt Signale, dass Jugend ohne finanzielles Polster wahrgenommen wird?

Dass wir diese soziale Spaltung in der Gesellschaft haben – ja, das wird mittlerweile wahrgenommen. Wer einen guten finanziellen Rahmen hat, der entscheidet sich eher für ein Studium und erhält eine besse-

re Ausbildung. Umgekehrt heißt das: Kinder aus den unteren sozialen Schichten haben in Deutschland besonders schlechte Chancen. Schon in der Schule wird aussortiert. Dass es diese Missstände gibt, das ist, glaube ich, in der Politik angekommen.

Wir haben auch erreicht, dass das Thema Übergänge in der Politik ernstgenommen wurde. Dass zum Beispiel Übergänge aus der beruflichen Bildung in die Hochschule erleichtert werden. Berufliche Bildung muss anschlussfähig sein ans Studium. Das ist ein wesentlicher Punkt. Aber es fehlen weitere Initiativen, etwa was Studiengebühren und die BAföG-Höhe angeht.

Umgekehrt ist vom Fachkräftemangel die Rede, von der »fehlenden Ausbildungsfähigkeit«...

Eine alte Debatte – den jungen Leuten wird der Schwarze Peter zugeschoben! In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit haben sich die Betriebe die Allerbesten ausgesucht. Die mit den schlechteren Zeugnissen sind durch die Maschen gefallen, in den berühmten Warteschleifen gelandet. Ich denke, in Zukunft wird die Situation eine wesentlich andere sein: Durch die demografische Entwicklung werden die Betriebe – hoffentlich! – gezwungen, sich auch um die schwächeren jungen Leute zu kümmern.

Wir schlagen schon seit langem vor, verstärkt ausbildungsbegleitende Hilfen anzubieten, um ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, die Prüfung zu packen.

In den Betrieben wird man sich jedenfalls bewegen müssen. Und ich glaube, man hat inzwischen verstanden, dass man die Übergänge von der Schule in den Beruf systematisch gestalten muss. Berufsorientierung, -beratung und -vorbereitung müssen verlässlich im System angeboten werden, Warteschleifen verringert werden. Wir brauchen verbindliche Strukturen, keine teuren Modellprojekte.

Du stellst dich auf dem DGB-Bundeskongress der Wiederwahl. Was möchtest du in den nächsten vier Jahren bewegen?

Ich wünsche mir, dass die Jugendlichen selbst sagen, wie sie in zehn, 15 Jahren leben wollen. Die Krisensituation, in der wir ja immer noch stecken, ist dafür eine gute Gele-



»Jugend muss visionär sein« – Ingrid Sehrbrock

genheit. Die DGB-Jugend hat dazu eine Initiative mit dem Titel »Wie wollen wir leben?« gestartet. Junge Leute müssen sich Gedanken machen: Wie kriegt man die Balance hin zwischen wirtschaftlichen Interessen und sozialer Verantwortung? Was muss national geregelt werden, wo haben wir international Verantwortung? Hier wünsche ich mir mehr Engagement, mehr Bereitschaft junger Menschen, ein Stück in die Zukunft zu denken.

Aha. Die Jugend ist vorbei, junge Leute müssen wegräumen, was Ältere an der Börse verbockt haben...

Sie haben die Chance, aus den Fehlentwicklungen der letzten Jahre Konsequenzen zu ziehen. Und es besser zu machen. Ich habe den Eindruck, dass zu wenige Jugendliche diese Möglichkeiten sehen.

Das sagen die sogar selbst – ich hatte kürzlich ein Gespräch mit Jugendbildungsreferenten, und die haben gefragt: »Findest du eigentlich, dass wir zu brav sind?«

Ja, finde ich. Sie sind eher pragmatisch als visionär.

Was sollen sie anstellen?

Die Frage ist doch: Wie soll die Gesellschaft in den nächsten Jahren aussehen? Welche Strukturen brauchen wir? Welche Rolle muss der Staat übernehmen?

Ich möchte, dass sich die jungen Leute Gedanken darüber machen. Sie sollten sich für die Demokratie verantwortlich fühlen – sie ist keine Selbstverständlichkeit weltweit. ⁵

Sprengt die Befristungsketten!

Das WSI warnt angesichts der Zunahme von Zeitverträgen für junge Beschäftigte vor einer Aushebelung des Kündigungsschutzes.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland wird immer mehr gefleddert: So ist die Zahl der befristeten Arbeitsverträge deutlich gestiegen – und das vor allem bei jüngeren Beschäftigten und BerufseinsteigerInnen, wie die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen: Der Anteil der befristeten Verträge liegt bei ihnen schon bei 50 Prozent!

Wenn die Bundesregierung ihre im Koalitionsvertrag niedergelegten Pläne zum Arbeitsrecht umsetzt, dürften es künftig noch mehr werden, warnt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung: »In Konzernunternehmen mit mehreren rechtlich eigenständigen Töchtern könnten praktisch unbegrenzte Kettenbefristungen möglich werden«, sagt WSI-Expertin und Arbeitsrechtlerin Reingard Zimmer.


Wer bei einem Arbeitgeber einmal beschäftigt war, kann keinen – ohne Sachgrund – befristeten Vertrag von diesem Un-

ternehmen mehr bekommen. Mit dieser 2001 im Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) festgeschriebenen Regelung wollte der Gesetzgeber »Befristungsketten« ausschließen – mit denen die Arbeitgeber ihren Beschäftigten immer abwechselnd befristete Verträge mit und ohne Sachgrund anbieten konnten, um so das Verbot der unbegrenzten Ausdehnung sachgrundloser Zeitverträge zu umgehen.

Laut Koalitionsvertrag soll genau dies aber künftig wieder möglich sein – zwischen zwei Arbeitseinsätzen müsste lediglich eine Frist von einem Jahr liegen. Begründung: BerufseinsteigerInnen würden unnötig Steine in den Weg gelegt, wenn sie nicht – befristet ohne Sachgrund – bei einer Firma anfangen dürften, in der sie während Schul- oder Unizeit schon einmal beschäftigt waren.

Dummes Zeug, sagt Zimmer: Denn es sei auch jetzt schon kein Problem, jemanden befristet einzustellen, der schon einmal in derselben Firma gearbeitet habe – es muss lediglich einen sachlichen Grund dafür geben. Der liegt laut TzBfG § 14 vor, wenn eine Befristung »im Anschluss an eine Ausbildung oder ein Studium erfolgt, um den Übergang des Arbeitnehmers in eine An-

schlussbeschäftigung zu erleichtern«. Zimmer: »Der Verweis auf die Berufsanfänger ist nur vorgeschoben. Tatsächlich geht es um einen Abbau des Kündigungsschutzes durch die Hintertür.«

Wahrscheinlich sei, dass die Koalitionäre so zumindest großen Unternehmen ermöglichen wollten, befristete Arbeitsverhältnisse unendlich auszudehnen, ohne dass für sie jemals das Kündigungsschutzgesetz gilt. 

Infos: WSI, Tel.: 0211 / 777 8237,

E-Mail: Reingard-Zimmer@boeckler.de

Die Prekarität hat Folgen: Beschäftigte, die auf eine unbefristete Stelle hoffen, scheuen sich oft, ihre Rechte wahrzunehmen.

ANGEZÄHLT

Die Datenlage

40 Prozent der Bachelor-Studierenden in Deutschland wünschen sich dringend eine Verbesserung der Arbeitsmarktchancen.

36 Prozent wollen Lehrveranstaltungen mit weniger TeilnehmerInnen.

36 Prozent wollen eine Erhöhung der BAföG-Sätze.

75 Prozent finden, dass die neuen gestuften Studiengänge schlecht durchgeführt werden.



Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung, <http://cms.uni-konstanz.de/fileadmin/gso/ag-hochschulforschung/Bachelorbericht2009.pdf>

Freimachen, bitte

BAG-Entscheidung: Ein ausbildungsadäquater Arbeitsplatz, der von einem Leiharbeiter besetzt ist, muss für JAVis geräumt werden.

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat eine wichtige Entscheidung getroffen. Danach kann ein Arbeitgeber verpflichtet sein, ein Mitglied der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) nach erfolgreicher Beendigung der Ausbildung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen, wenn es im Betrieb einen ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz gibt, der mit einem Leiharbeiter besetzt ist.


Denn nach § 78a Abs. 2 Satz 1 des Betriebsverfassungsgesetzes gilt ein Arbeitsverhältnis im Anschluss an das Berufsausbildungsverhältnis als begründet, wenn der Jugendvertreter in den letzten drei Monaten vor Beendigung vom Arbeitgeber

schriftlich die Weiterbeschäftigung verlangt hat.

Der Arbeitgeber kann dann aber bis zum Ablauf von zwei Wochen nach dem Ende des Berufsausbildungsverhältnisses beim Arbeitsgericht die Auflösung des Arbeitsverhältnisses beantragen, wenn ihm die Weiterbeschäftigung unter Berücksichtigung aller Umstände nicht »zugemutet« werden kann. Beschäftigt er aber auf dauerhaft eingerichteten, ausbildungsadäquaten Arbeitsplätzen LeiharbeiterInnen, so kann es ihm zumutbar sein, einen solchen Arbeitsplatz für den zu übernehmen den JAVi freizumachen.

Allerdings: Die Zumutbarkeit richtet sich dabei nach den Umständen des Einzel-

falls – eine klare Einschränkung: Denn dabei können das berechnete betriebliche Interesse an der Weiterbeschäftigung des Leiharbeitnehmers oder vertragliche Verpflichtungen des Arbeitgebers gegenüber dem Verleiher von Bedeutung sein.

Wie dem auch sei – bei der DGB-Jugend ist man über die Grundausrichtung des Urteils erfreut. »Die BAG-Entscheidung zum Thema JAVis und Übernahme ist in jedem Fall zu begrüßen«, sagt DGB-Jugend-Ausbildungsexperte Dirk Neumann. »Es stärkt die demokratische Mitbestimmung im Betrieb und verbessert den Schutz jener Azubis, die sich für ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen.« 

BAG Erfurt, Az.: 7 ABR 89/08

Europa – mehr als die EU

Vom 1. bis 4. Juli 2010 findet das ESF in Istanbul statt. Die DGB-Jugend ist dabei.
Von **Jessica Heyser**

Die Türkei als Gastland des diesjährigen Europäischen Sozialforums (ESF) bietet gerade für Deutschland viele Anknüpfungspunkte – denn die beiden Länder verbindet vieles: Rund 2,7 Millionen Menschen türkischer Herkunft haben ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland. Deutschland ist wichtigster Handelspartner der Türkei.

Doch die gewerkschaftlichen Beziehungen sind – im Gegensatz zu intensiven wirtschaftlichen und politischen Beziehungen – noch relativ schwach entwickelt.

Die Gewerkschaftsjugend hat erkannt, dass es wichtig ist, international handlungsfähig

zu sein. Das gilt sowohl für die Lobbyarbeit bei den EU-Institutionen wie für die Mitbestimmung in den Betrieben. Und es gilt auch für die Vernetzung mit anderen Gewerkschaften in Europa, auch außerhalb der EU. Für die gewerkschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Deutschland möchten wir im Rahmen des ESF neue Impulse setzen.

Außerdem will die DGB-Jugend in Istanbul an die guten Erfahrungen beim ESF in Malmö 2008 anknüpfen: Dort hatte sich ein breites europäisches Gewerkschaftsjugendnetzwerk gebildet. Die Kontakte konnte die DGB-Jugend seitdem nutzen.

Auch das ESF in Istanbul versteht sich als Teil des »Weltsozialforumsprozesses« für eine bessere und vor allem gerechtere Welt, an dem seit nunmehr zehn Jahren viele soziale Bewegungen, Gewerkschaften, aber auch ungebundene AktivistInnen weltweit mitarbeiten. Sozialforen auf eu-

ropäischer Ebene haben bereits eine längere Tradition: Zum ersten Mal kamen ungefähr 40.000 Menschen im Jahr 2002 in Florenz zusammen, 2003 kamen 50.000 Menschen nach Paris. Sozialforen fanden 2004 in London, 2006 in Athen und 2008 in Malmö statt.

Unser Thema heißt dieses Jahr »Jugend in der (Weltwirtschafts-)Krise!« Denn VerliererInnen der aktuellen Krise sind vor allem junge Beschäftigte – ein globaler Trend. Weil sie deutlich häufiger prekär beschäftigt sind – und prekär Beschäftigte in Krisenzeiten zuerst entlassen werden. In Spanien ist mittlerweile fast jeder zweite junge Mensch unter 25 Jahren ohne Arbeit.

Bei unserem Workshop im Rahmen des ESF wollen wir nicht nur die Situation analysieren, sondern vor allem Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für junge Menschen diskutieren und gemeinsame, europäische Antworten auf die Krise finden.

Koordiniert werden die Aktivitäten der DGB-Jugend und der Mitgliedsgewerkschaften auch in diesem Jahr wieder vom Arbeitskreis Internationalen. ☐

Jessica Heyser ist politische Referentin der DGB-Jugend.



DGB-Bildungswerk und IG Metall haben passend zum ESF die Broschüre »Länderprofil Türkei« neu bearbeitet und herausgegeben. Im Download: www.nord-sued-netz.de/medien/download

BRISANTER STOFF

Wie man den rechten Laden dicht macht

Eine sehr interessante Publikation ist unter dem Dach des gewerkschaftlichen Kumpelvereins »Die gelbe Hand« erschienen: die Broschüre »Ladenschluss jetzt! Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechts-extremer Infrastruktur«.

Hier sind Erfahrungen der Auseinandersetzungen mit rechtsextremer Infrastruktur in Berlin – etwa Läden oder Kneipen – zusammengefasst. Hintergrund: Immer mehr AkteurInnen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft wehren sich mit juristischen Mitteln gegen rechte Szenetreffe. Und das mit Erfolg (siehe auch Soli 2-2010).

Neben vielen gelungenen Beispielen werden einschlägige Urteile und rechtliche

Grundlagen vorgestellt und Handlungsmöglichkeiten erläutert. ☐

»Ladenschluss jetzt«. Im Download auf www.gelbehand.de/data/netzgegennazis.pdf



IM BÜNDNIS WEITERGEBRACHT

Neue Impulse

Von **Sabrina Klaus-Schelletter**

Alle zusammen: Vom 24. bis 26. März 2010 trafen sich Ehren- und Hauptamtliche aus dem bundesweiten »Students at work«-Netzwerk mit studentischen VertreterInnen vom freien Zusammenschluss der StudentInnenschaften, der Hans-Böckler-Stiftung und dem Bochumer Bildungschancen e. V. zur Impuls-Konferenz in Hattingen. Und die ist Teil eines neuen Veranstaltungskonzepts – Motto »Gewerkschaftliche Studierendearbeit – im Bündnis bewegen«.

Das Ziel der Konferenz war, AkteurInnen der gewerkschaftlichen Studierendearbeit und der studentischen Proteste zu vernetzen, von einander zu lernen und alle durch neue Impulse aus den sozial- und bildungspolitischen Bereichen gemeinsam voranzubringen.

In den drei Tagen gab es viele Vorträge und Diskussionen zu aktuellen Entwicklungen in der gewerkschaftlichen Studierendearbeit,

dem Gutachternetzwerk, dem Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule und zur Zusammenarbeit der ehren- und hauptamtlichen MitarbeiterInnen.

In den Workshops wurden viele Bekanntschaften geknüpft und über die Bedeutung des Bildungstreik und die Rolle der Gewerkschaften gesprochen. Austausch gab's auch zur Beteiligung am Europäischen Bildungskongress vom 1. bis 6. Juni 2010 in Bochum, zur Arbeitsbelastung und Mobilität von Bachelor- und Masterstudierenden, der Regierungspolitik in

Sachen Bildung und zum Organizing-Ansatz der Gewerkschaften.

Fazit: Wie es sich für eine Impulskonferenz gehört, gab es jede Menge neuer Ideen! Die Vernetzung klappt hervorragend. Keine Frage: Die gewerkschaftliche Studierendearbeit ist in ihrem Kurs bestärkt worden. ☐

Sabrina Klaus-Schelletter leitet gemeinsam mit Mirjam Blumenthal die TrainerInnenschulung für die DGB-Jugend-Projekte »Students at work« und Berufsschularbeit.



students
at
work

Neuer Betriebsrat – neues Glück

Noch bis zum 31. Mai 2010 finden die regelmäßigen Betriebsratswahlen statt. Die JAV sollte die Wahldurchführung unbedingt beobachten – und schon mal Blumen an die GewinnerInnen schicken.

Als Hilfsorgan des amtierenden Betriebsrats kann die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) nach dem Willen des Gesetzgebers die von ihr vertretenen Beschäftigten nur mit der Hilfe und Unterstützung des Betriebsrats wirksam gegenüber der Arbeitgeberseite vertreten.

Während die derzeit bestehende JAV normalerweise noch bis zum Herbst 2010 im Amt bleibt, kommt es nun zur Bildung eines neuen Betriebsrats: Und der kann unter Umständen komplett oder zu einem großen Teil aus erstmalig gewählten Betriebsratsmitgliedern bestehen. Diesen »Frischlingen« sind normalerweise die Rechte und Pflichten des Betriebsrats nicht bekannt – insbesondere die Vorgaben des Gesetzgebers hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der JAV.

Um eine möglichst lückenlose Interessenvertretung gewährleisten zu können, sollte die JAV mit dem neu gewählten Betriebsrat bald in Kontakt treten.

Die JugendvertreterInnen werden vor Beginn der Amtszeit des neu gewählten Betriebsrats erfahren, wer nun alles dem neuen Gremium angehört – denn der Wahlvorstand muss die Namen der gewählten ArbeitnehmerInnen betriebsöffentlich (Schwarzes Brett/Intranet) bekanntgeben, sobald die Gremiumsmitglieder endgültig feststehen. Darüber hinaus empfiehlt es sich, Informationen über die so genannte konstituierende Sitzung einzuholen.

Ob die JAV von ihrem Teilnahmerecht an konstituierenden Betriebsratssitzungen Gebrauch macht oder taktisch erst einmal abwartet, wer als neuer Vorsitzender rechtlich ihr Ansprechpartner ist, muss im Einzelfall entschieden werden. Jedenfalls sollten sich die JAVis nach der konstituierenden Sitzung möglich unverzüglich darüber informieren, wer sonst zum Vorsitzenden gewählt wurde oder wer vom neuen Betriebs-

ratsgremium zum Ansprechpartner für die Zusammenarbeit mit der JAV bestimmt wurde. Das gilt auch für die Mitglieder eines Betriebsratsausschusses, der für die Berufsausbildung und die damit verbundene Zusammenarbeit mit der JAV zuständig sein soll.

Der Betriebsrat sollte alsdann offiziell angeschrieben werden – wobei man nicht nur die neu gewählten Mitglieder und Funktionsträger zur Wahl beglückwünschen, sondern das Interesse an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen dem neuen Betriebsrat und der JAV bekunden sollte!

Auf jeden Fall sind dem neuen Betriebsrat die entsprechenden Kontakte mitzuteilen: Namen der JAV-Mitglieder sowie – soweit vorhanden – die Namen der Ersatzmitglieder neben den Adressen der Abteilungen, Filialen, Nebenstellen etc., in der diese tätig sind. Wer damit keine Probleme hat, kann natürlich auch seine private Handynummer bzw. E-Mail bekanntgeben.

Stellen die JAV-Mitglieder fest, dass der Betriebsratsvorsitzende nicht nur im Amt, sondern auch im Betriebsrat neu ist, sollte sich die JAV eine To-Do-Liste machen und sich baldmöglichst mit dem Kollegen an den Tisch setzen. Und – wenn möglich, unter Hinzuziehung des zuständigen Gewerkschaftssekretärs – über die zukünftige Zusammenarbeit sprechen.

Insbesondere sollte der neu gewählte Betriebsrat auf folgende Sachverhalte hingewiesen werden:

Teilnahmerecht an Betriebsratssitzungen

Es sollte unbedingt mitgeteilt werden, dass einem Vertreter der JAV ein Teilnahmerecht an allen Betriebsratssitzungen von Beginn bis zum Sitzungsende zusteht. Dabei ist das von der JAV zur Teilnahme bestimmte Mitglied zu benennen bzw. bei wechselnder Teilnahme die entsprechenden JAV-Mitglieder.

Besonderes Teilnahmerecht der JAV

Die komplette JAV hat ein Teilnahmerecht, wenn in der Betriebsratssitzung Probleme behandelt werden, die besonders die von

der JAV vertretenen Beschäftigten betreffen. Die besondere Betroffenheit muss der bzw. die Betriebsratsvorsitzende bei jedem der Tagesordnungspunkte der Sitzung gesondert prüfen und die JAV auf das besondere Teilnahmerecht hinweisen.


Damit dem neuen oder der neuen Betriebsratsvorsitzenden auch klar wird, was dahintersteht, sollten schon Beispiele für das besondere Teilnahmerecht in bestimmten Fällen genannt werden – z.B. Urlaubsplan mit Berufsschulferien, Bestellung des Wahlvorstands zur Durchführung der JAV-Wahl u.a.

Stimmrecht

Schon jetzt sollte auf das den JAVis zustehende Stimmrecht für den Fall hingewiesen werden, dass von einem zu fassenden Betriebsratsbeschluss überwiegend die von der JAV vertretenen Beschäftigten betroffen sind. Auch hier sollten Beispiele gegeben werden – dazu zählen: die Beschlussfassung über eine Betriebsvereinbarung, Beurteilungsgrundsätze für Azubis oder die Entscheidung über die Zustimmung zu einer außerordentlichen Kündigung eines JAV-Mitglieds.

Nicht vergessen: Damit zumindest die drei obigen Rechte von der JAV in Anspruch genommen werden können, sollte der Betriebsratsvorsitzende darauf aufmerksam gemacht werden, dass die JAV zu jeder Betriebsratssitzung eine Einladung samt Mitteilung der Tagesordnung erhalten muss.

Sofern Ausschüsse des Betriebsrats bestehen, sollte die JAV mitteilen, dass auch im Einzelfall ein Teilnahme- und Stimmrecht in bestimmten Ausschüssen seitens der JAV besteht – und natürlich auch die JAV ein Teilnahmerecht an Besprechungen zwischen Betriebsrat und Arbeitgeberseite hat.

Hinweis: Bei all dem solltet ihr darauf achten, nicht oberlehrerhaft rüberzukommen, sondern immer höflich, bitte schön! Und immer mit Blick darauf, dass der Gesetzgeber dem Hilfsorgan JAV die genannten Rechte zugestanden hat, damit sie in der Lage ist, die Interessen ihrer WählerInnen wahrzunehmen. 



**Der JAV-Ratgeber.
Mit Rechtsanwalt Wolf-
Dieter Rudolph, Berlin**

Die JAV muss zu jeder Betriebsratssitzung eingeladen werden.

Darauf achten: Nicht oberlehrerhaft rüberkommen, sondern höflich.

Perspektive: Bildung

Die DGB-Jugend in Nordrhein-Westfalen kämpft im Vorfeld der Landtagswahlen für eine andere Bildungspolitik.

Wenn am 9. Mai 2010 in Nordrhein-Westfalen eine neue Landesregierung gewählt wird, wird dies auch einer der diesjährigen Höhepunkte der DGB-Jugend-Arbeit sein: Denn die DGB-Jugend NRW hat sich seit Februar dieses Jahres mächtig ins Zeug gelegt, um junge Menschen für die Wahl demokratischer Parteien zu mobilisieren. Und andererseits darauf hingewirkt, dass junge Leute genau darauf achten sollen, welche Art von Politik sie haben möchten. Eine Vielzahl lokaler Zusammenschlüsse von Studierenden, SchülerInnen, Auszubildenden und BerufsschülerInnen mit verschiedenen Verbänden und Initiativen war das Ergebnis.

Sie alle finden sich im Bündnis »Bildungsperspektive NRW« wieder. Und dies ruft für den 22. April 2010 zum Aktionstag auf. An diesem Tag wird es in vielen Städten in NRW Demonstrationen und Veranstaltungen junger Menschen geben.

»Die jungen Leute fordern eine radikale Reform des Bildungssystems«, sagt DGB-Bezirksjugendsekretärin Antonia Kühn. Die Bildungssituation müsse sich konkret verbessern, sowohl qualitativ als auch mate-

riell. »In einem Schulsystem, in dem in verschiedene Schulformen unterteilt wird, werden Ungerechtigkeiten nur noch verstärkt«, sagt Benedikt Haumer von der LandesschülerInnenvertretung NRW.

Und Christiane Schmidt vom Landes-ASten-Treffen klagt für die Studierenden: »Viele Studiengänge sind unstudierbar!« Daran habe sich auch nach den letzten Bildungsstreik-Protesten nichts verbessert.

Die zentralen Forderungen der »Bildungsperspektive« sind:

Für die Schule: die Einführung eines Schulsystems, in dem alle SchülerInnen gemeinsam lernen können. Die Schulzeitverkürzung ist zurückzunehmen – mit der Verkürzung des Gymnasiums von neun auf acht Jahren ist der Schulalltag unerträglich geworden.

Für die Ausbildung: Die Ausbildungsqualität ist entscheidend zu verbessern. Ausgebildete müssen in unbefristete Beschäftigung übernommen werden.

Für die Hochschule: Studiengebühren sind abzuschaffen. Der Bologna-Prozess ist zu reformieren.

Ein weiteres heißes Thema in NRW:

Die Sparpläne der Städte und Gemeinden. Denn die große Mehrheit der Kommunen steht vor dem finanziellen Kollaps. Die im Grundgesetz und in der Landesverfassung

WAHL DEINE
**BILDUNGS-
PERSPEKTIVE**

garantierte kommunale Selbstverwaltung gerät in Gefahr. In den aktuellen Haushaltsdebatten vor Ort werden überall große Kürzungspakete aufgelegt – obwohl bekannt ist, dass alle Kürzungsmaßnahmen das Problem der Städte und Gemeinden nicht lösen können.

Kühn: »Wir fordern kurzfristig, die Einrichtung eines Entschuldungsfonds des Landes für die Kommunen, damit der Abbau der Altschulden und der Kassenkredite möglich gemacht wird. Und wir fordern die Einhaltung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und des Kinder- und Jugendfördergesetzes: Kinder- und Jugendarbeit ist eine kommunale Pflichtaufgabe und gehört nicht in die Haushaltskonsolidierung.«

Die junge Generation in NRW habe Anspruch auf beste Bildungsmöglichkeiten, um ihr Leben erfolgreich gestalten zu können. Hierfür müsse erheblich mehr Geld in den Bildungsbetrieb investiert werden.

Zu hoffen bleibt, dass sich hier nach dem 9. Mai 2010 einiges ändert. ☐

www.dgb-jugend-nrw.de,
www.bildungsperspektive-nrw.de

KURZ UND KLEIN

Aktivposten

☐ Juchhu: Das Haus der **DGB-Jugend** in Flecken Zechlin hat sich als Jugendreiseziel zertifizieren lassen! Gäste schlafen künftig in einem »Drei Sterne«-Haus. Auf der Internationalen Tourismusborse in Berlin im März 2010 wurde diese Auszeichnung verliehen – von Ex-Fußballprofi Michael Rummenigge.

Es handelt sich aber nicht um Hotelsterne, sondern um eine spezielle Kategorisierung für Jugendeinrichtungen. Sie wird nach anderen Kriterien vergeben als die entsprechende Auszeichnung für Hotels. Der Sinn der Sterne ist allerdings der gleiche: Sie sollen die Vergleichbarkeit von einzelnen Häusern erhöhen und transparenter machen, welche Standards die Kunden erwarten dürfen.

Die Sterne für die Jugendhäuser werden vom Bundesforum Kinder- und Jugendreisen verliehen. In diesem Verband haben sich 24 Jugend-

organisationen zusammengeschlossen. Derzeit sucht das Bildungshaus übrigens einen Zivildienstleistenden.

www.dgbjugendbildungsstaette.de

☐ Die **DGB-Jugend Baden-Württemberg** widmet sich vom 7. bis 9. Mai 2010 dem Aufbau ihres Jugendcamps. Gefragt sind »fleißige Hände, um den Grundbaustein für den Sommer zu legen« (Jugendbildungsreferent Mike Zigann). Vom 28. bis 30. Mai 2010 gibt es dann ein Camp für Bildungsstreikaktive. Ziel: im Vorfeld der zu erwartenden Bildungsstreikproteste noch mal eine ordentliche Portion Handwerkszeug tanken, z.B.: in Sachen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Protestformen und Versammlungsrecht. www.jugend-bw.dgb.de

☐ Mehr als 4.500 Menschen demonstrierten am 27. März 2010 in Duisburg gegen eine Kundgebung der rechtsextremen Organisationen NPD und Pro NRW. Mitten im nordrhein-westfälischen Wahlkampf wollten die NPD und die als

Bürgerbewegung getarnte Pro NRW in Duisburg mit einer Hetzkampagne gegen Muslime punkten. Ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Gruppen, Parteien, Kirchen und Gewerkschaften hatten zu Gegendemonstrationen aufgerufen.

Auch die **DGB-Jugend** war dabei. Sie hatte zu Protesten gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen aufgerufen, über 50 junge GewerkschafterInnen waren den Aufrufen gefolgt. Mitglieder der **ver.di Jugend NRW** zum Beispiel bildeten mit grünen T-Shirts einen »Grünen Block«.

www.verdi-jugend.de

☐ Bei Online-Bewerbungen kommt es auf Sorgfalt und individuelle Gestaltung an. Die **IG Metall-Jugend** hat nun das Wichtigste in einer Checkliste zum Thema zusammengefasst. Denn viele Firmen akzeptieren inzwischen nur noch Online-Bewerbungen – weil's Zeit und Geld spart.

www.igmetall-jugend.de

FILM DES MONATS

»Confetti« heißt der minderjährige Nachwuchs der mexikanischen Gang, in der Lil Mago, die Kanone schwingt. Die Aufnahmeprüfung: 13 Sekunden lang so viele Schläge wie möglich einstecken.



Für die Akquise neuer Jungs ist Willy zuständig, auch bekannt unter dem Kampfnamen »El Casper«. Personenbezeichnungen sind hier aber nur Knall und Rauch, deswegen

heißt das Jugenddrama von Cary Joji Fukunaga auch »Sin Nombre« – ohne Namen. Die DarstellerInnen sind jung und überzeugend – und unglaublich gut fotografiert. »Sin Nombre« erzählt ganz in der Perfektion des neuen südamerikanischen Kinos in deutlichen Bildern von einer prekären Realität, in der die Perspektiven »Alles oder Nichts« oder »Gehe direkt in das Gefängnis« heißen.

»Sin Nombre«. Mexiko/USA 2008, Regie Cary Joji Fukunaga, Darsteller: Edgar Flores, Paulina Gaitan. Start: 29. April 2010

+ Großer Kongress: »Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität« lautet das Motto, unter dem sich vom 16. bis zum 20. Mai 400 Delegierte aus den acht Mitgliedsgewerkschaften in Berlin zum 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress (OBK) treffen. Auch die Jugend wird dort vertreten sein – viele Anträge der DGB-Bundesjugendkonferenz wurden an den OBK weitergeleitet.

www.dgb.de



+ Jugendarbeit: Ist »stets ein Seismograph für Veränderungen gewerkschaftlicher Arbeit insgesamt«. Bis der Autor Stephan Klecha diesen Satz schreibt, werdet ihr 274 Seiten durchgefiebert haben in seiner Dissertation über: die Jugendarbeit der IG Metall. Lesen, aber sofort.



Stephan Klecha: Die IG Metall und ihre Jugendarbeit: Generationskonflikte, Netzwerke, Wirkungen, Vorwärts-Verlag, Berlin 2010, 308 S., 14,95 Euro

+ Netzwerkarbeit: Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund öffentlich sichtbar zu machen und Kontakte mit anderen Akteuren anzuregen, dies ist das Ziel der neuen Online-Datenbank des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismus e.V.

www.idaev.de/service/vereine-junger-migranten

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail: jkiontke@web.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: PrintNetwork PN GmbH

Redaktion: Jürgen Kiontke

Grafik: Heiko von Schrenk

Abowerwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

HATTINGEN – SEMINARE

Werkzeugkasten Organizing: Eins-zu-Eins-Kommunikation, Erstellen einer Betriebslandkarte, Mapping, Recherche... Wer bereits in einen Organizing-Werkzeugkasten geschaut hat, wird diese und weitere Begriffe schon mal gehört haben. Organizing in der Praxis, das bedeutet: extrem planvoll und zielgerichtet arbeiten. Denn immer liegt ein fest definiertes Ziel zu Grunde: die Aktivierung der KollegInnen und Beschäftigten zur kollektiven Durchsetzung gemeinsam formulierter Forderungen. Eine Veranstaltung für Menschen mit Organizing-Grundkenntnissen.

28. bis 30. Mai 2010. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscodes: ORG 2610278928

Projektmanagement für Aktive: Vom 1. Mai über Streikaktionen bis zur Planung der nächsten JAV-Wahl – gewerkschaftliche Arbeit ist voll von wichtigen und noch wichtigeren Aufgaben. Aber wie anfangen? Die Lösung heißt: Gute Planung ist die halbe Tariferhöhung. Innerhalb dieses Aktiven-Seminars werden Ansätze zum Projektmanagement vorgestellt und an praktischen Beispielen erprobt. Das kann übrigens durchaus auch im Privaten nützlich werden: Eine fehlerfreie Einkommenssteuererklärung zum Beispiel fällt garantiert unter »Großprojekte«. Und ist auch so zu planen.

18. bis 20. Juni 2010. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscodes: PFA 610268908

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

| | |
|--------------|----------|
| vorname | name |
| organisation | funktion |
| straße | nummer |
| plz | ort |
| unterschrift | |